

Sicherheitspaket – alternativlos?

Nachdem in den letzten Jahren jeder Versuch unserer Gewerkschaft, den Personalabbau bei der Polizei kritisch zu hinterfragen, mit den Totschlagargumenten „Schuldenbremse“ und „Demografie“ abgebügelt wurde, hat jetzt, bedingt durch den starken Anstieg der Arbeitsbelastung, die Flüchtlingssituation und die Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus, ein Umdenken bei den politisch Verantwortlichen eingesetzt. Plötzlich erkennt man, dass dringend Personal nachgesteuert werden muss; und da es einerseits ein Weilchen dauert, bis Polizisten ausgebildet sind, und es andererseits keinen Arbeitsmarkt mit fertig ausgebildeten Polizisten gibt, beabsichtigt man, die Probleme mit befristet eingestellten Tarifbeschäftigten und reaktivierten Ruheständlern zu lösen.

Angesichts des Zeitdruckes doch für alle Beteiligten eine gute Sache, oder?

Ohne die Bemühungen der Politik kleinreden zu wollen, sollte man die Maßnahmen nicht in einem zu rosigen Licht sehen. Inwieweit die neu eingestellten Beschäftigten eines Polizeilichen Ordnungsdienstes die Polizei tatsächlich entlasten können, muss sich noch zeigen. Eine 3-monatige Ausbildung kann hier sicher keine Wunder bewirken.

Die bis Ende 2017 befristet eingestellten Tarifbeschäftigten mit entsprechenden Ausbildungen für die unterschiedlichen Fachgebiete werden sicher auch eine gewisse Anlaufzeit brauchen, bis sie vollwertig einsatzbereit sind. Insbesondere im Bereich der Auswertetätigkeit stellt sich auch die Frage, wieso relativ gut dotierte Stellen mit externen Bewerbern, die noch nicht über ein ausgeprägtes Organisationsverständnis verfügen, besetzt werden sollen, während Beschäftigten, die seit Jahren in diesen Bereichen Dienst verrichten und

nur weiterqualifiziert werden müssten, keine Aufstiegs- und damit Höhergruppierungsperspektiven aufgezeigt werden.

Mit strukturierter Personalentwicklung hat das nichts zu tun!

Die Unterstützungsleistungen des Tarifbereiches könnten wesentlich größer ausfallen, wenn z.B. nicht gerade (Stand 01.01.2016) **38** Stellen dadurch blockiert würden und somit nicht nachbesetzt werden könnten, weil deren Inhaber sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden. Hier sind Reinigungskräfte nicht berücksichtigt, da dieser Bereich zunehmend privatisiert wird und ohnehin kein Personalaustausch erfolgt. Hinzu kommen noch die Stellen, die der obligatorischen einjährigen Besetzungssperre durch das Haushaltsgesetz unterliegen.

In diesem Zusammenhang erscheinen 15 neue zusätzliche Stellen doch eher als ein Feigenblatt, zumal längst nicht alle Dienststellen davon profitieren. Die Inspektionen gehen leer aus!

Es rächt sich jetzt, dass der Tarifbereich vernachlässigt wurde und wird. Während zusätzliche Beförderungsmittel immerhin eine Anerkennung der Leistungen der Beamten darstellen, blieb diese Anerkennung bei den Tarifbeschäftigten bisher aus. Noch immer gibt es für viel zu viele keine Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, noch immer werden polizeifremde Tätigkeiten durch ausgebildete Polizisten verrichtet, da aus vorgenannten Gründen Stellen im Tarifbereich fehlen.

Wir fordern eine umgehende Freigabe und Besetzung der aktuell blockierten Stellen. Ferner muss durch eine strukturierte Personalentwicklung gewährleistet sein, dass Tarifbeschäftigte wieder Aufstiegsperspektiven haben. Bei Stellenbesetzungen muss geeignetes Bestandspersonal immer Vorrang haben.

v.i.S.d.P.:

Lothar Schmidt, GdP-Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken, Tel.: 0681 84124 10